**Vergabeunterlagen, Teil 2
Angebotsschreiben und Formblätter**

Stiftung Jüdisches Museum Berlin (JMB)

Lindenstr. 9–14
10969 Berlin

Öffentliche Ausschreibung nach § 9 UVgO

Schulmarketing Kampagne di.kla

**für das Jüdische Museum Berlin
(JMB 085/2025)**

Ablauf der Angebotsfrist: 21.07.2025, 10:00 Uhr

Diese Vergabeunterlagen sind urheberrechtlich geschützt und dürfen nur zur Erstellung eines Angebotes verwendet werden. Eine Weitergabe, Vervielfältigung oder anderweitige Nutzung der Unterlagen ist nur mit vorheriger Zustimmung des JMB zulässig.

Formblatt 1:
Anschreiben Angebot

Hinweis: Vom Bieter auszufüllen sofern zutreffend und einzureichen.

Name des Bieters:

Rechtsform des Bieters:

Anschrift des Bieters:

USt-IdNr.:

Registergericht.:

Registernummer.:

An

Stiftung Jüdisches Museum Berlin

Lindenstr. 9–14

10969 Berlin

- Einzureichen über eVergabepattform (siehe Vergabeunterlagen Teil 1) -

, den

Projekt: Schulmarketing Kampagne di.kla für das JMB

Hier: Angebot

Wir halten uns bis zum Ablauf der Bindefrist (31.07. 2025) an unser Angebot gebunden und erklären:

1. Unser Angebot haben wir auf der Grundlage der vollständig erhaltenen Vergabeunterlagen (Teile 1 bis 3 samt Anlagen) erstellt. Wir haben die Vergabeunterlagen geprüft und sind in der Lage, die Anforderungen an das Angebot mit der erforderlichen Genauigkeit zu beurteilen.
2. Wir sichern zu, dass unser Angebot die Vorgaben der Vergabeunterlagen vollständig erfüllt. Sollte unser Angebot insoweit missverständlich, unvollständig, widersprüchlich oder unklar sein, gilt die Auslegung, nach der die Anforderungen und Mindestanforderungen erfüllt sind.
3. Wir sind mit der Verarbeitung und Speicherung der von uns mitgeteilten personenbezogenen Daten einverstanden, soweit dies zur Durchführung des Vergabeverfahrens erforderlich ist.
4. Uns ist bewusst, dass wissentlich falsche Angaben oder Erklärungen zum Ausschluss vom Vergabeverfahren führen können.
5. Wir verpflichten uns, jede Änderung in Bezug auf die Angaben in den eingereichten Unterlagen, Nachweisen, Angaben oder Erklärungen rechtzeitig und unverzüglich mitzuteilen. Etwaige Rückfragen werden wir unverzüglich, spätestens jedoch innerhalb der von der Vergabestelle gesetzten Frist, beantworten.
6. Für das gesamte Vergabeverfahren und die Phase der Leistungserbringung benennen wir folgenden Mitarbeiter als Ansprechperson, der unter den genannten Kontaktdaten erreichbar ist, sowie insbesondere Mitteilungen und Hinweise entgegennimmt und hierfür von uns ordnungsgemäß bevollmächtigt ist:

Herr/Frau:	
Funktion:	
Tel.:	
E-Mail:	

Für den Fall, dass der genannte Mitarbeiter unvorhergesehen nicht erreichbar ist, teilen wir Ihnen unaufgefordert unverzüglich die Kontaktdaten eines Stellvertreters mit.

Wir geben hiermit folgende Unterlagen ab (Inhaltsverzeichnis/Checkliste):

(Zutreffendes bitte ankreuzen!)

(x)	Formblatt Nummer	Dokument	Hinweis
☐	Formblatt 1	Anschreiben Angebot	Bitte ausfüllen und einreichen.
☐	Formblatt 2	Angaben zum Unternehmen des Bieters / Mitgliedern der Bietergemeinschaft	Bitte ausfüllen und einreichen
☐	Formblatt 3	Erklärung zur Tariftreue / Mindestlohn und zum Nichtvorliegen der Ausschlussgründe aus §§ 123, 124 GWB und Erklärung zu Sanktionen gem. § 5 k Abs. 3 VO (EU) 2022/576 v. 08.04.2022	Bitte ausfüllen und einreichen
☐	Leistungsbeschreibung	Punkt 3. Leistungsbeschreibung/ Gesamtkosten für Mindestanzahl, inkl. Staffelpreise und Plakatierung	Die Form des Preisangebotes ist Ihnen freigestellt
☐	Formblatt 4	Angaben zu Wertungskriterien/ „Reichweite & Abdeckung“, „Zustellqualität“ und „Erfahrung & Referenzen“	Bitte ausfüllen und einreichen
☐	Formblatt 5	Gesamt- und abschließende Erklärung	Bitte ausfüllen und einreichen

Formblatt 2:

1. Angaben zum Unternehmen des Bieters / zum einzelnen Mitglied der Bietergemeinschaft

Hinweis: Vom Bieter / jedem Mitglied einer Bietergemeinschaft auszufüllen sowie anschließend vom Bieter / ggf. Bevollmächtigten Vertreter der Bietergemeinschaft einzureichen.

Name: (vollständige Bezeichnung):	
Rechtsform:	
Sitz (Straße, Nr., PLZ Ort):	
Nummer der Eintragung in einem öffentlichen Register:	
Internetadresse:	
Telefon:	
Telefax:	
E-Mail-Adresse:	
Zahl der fest angestellten Mitarbeiter, bezogen auf die zu vergebenden Sicherheitsdienstleistungen, für die der Mindestlohn zu zahlen ist:	
Name Ansprechperson mit Kontaktadresse (Anschrift, Telefon, E-Mail):	

***

Formblatt 3:

Erklärung zur Tariftreue/Mindestlohn, zum Nichtvorliegen der Ausschlussgründe aus §§ 123, 124 GWB und Erklärung zur Umsetzung von Artikel 5k der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren, in der Fassung des Artikel 1 Ziffer 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022

Hinweis:

Vom Bieter auszufüllen und einzureichen.

Bitte Zutreffendes ausfüllen:

Name des Bieters:

I. **Erklärung zur Tariftreue/Mindestlohn, zum Nichtvorliegen der Ausschlussgründe aus §§ 123, 124 GWB**

Hiermit erkläre ich / erklären wir für unser Unternehmen, dass

1. die Verpflichtung zur Tariftreue / zur Mindestlohngewährung eingehalten wird,
2. kein Ausschlussgrund des § 124 GWB erfüllt, insbesondere keiner der Tatbestände des § 124 GWB verwirklicht ist,
3. keine Person, deren Verhalten der unserem Unternehmen zuzuordnen ist, wegen eines der insbesondere in § 123 GWB genannten Tatbestände rechtskräftig verurteilt worden ist und gegen das Unternehmen aufgrund der vorgenannten Tatbestände keine Geldbuße gem. § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist und
4. kein Ausschlussgrund des § 19 Abs. 1 Mindestlohngesetz (MiLoG) erfüllt und infolgedessen mit einer Geldbuße von wenigstens zweitausendfünfhundert Euro belegt worden ist.

Uns / dem Unternehmen ist bewusst, dass

- wir / es im Falle des Vorliegens von Ausschlussgründen gem. § 123 GWB und § 124 GWB die Möglichkeit haben / hat, die Eignung nach Maßgabe insbesondere des § 125 (Selbstreinigung) nachzuweisen und es dem Unternehmen obliegt, die dafür erforderlichen Erklärungen abzugeben und Nachweise beizubringen,
- vorsätzlich unzutreffende Erklärungen im Vergabeverfahren den Ausschluss von dieser und von weiteren Ausschreibungen zur Folge haben können.

Erklärung zu Gründen für den Nichtausschluss und Selbstreinigungsmaßnahmen nach § 125 Abs. 2 GWB:

Falls zutreffend, bitte ankreuzen (x)	Art der Beteiligung
☐	Ich kann eine oder mehrere der vorstehend geforderten Erklärungen nicht abgeben. Das Unternehmen ist gleichwohl aus folgenden Gründen bzw. auf Grund folgender Selbstreinigungsmaßnahmen gem. § 125 Abs. 1 GWB nicht von der Teilnahme an dem Vergabeverfahren auszuschließen (ggf. zusätzliches Blatt verwenden)

II. Erklärung zu Sanktionen gem. § 5 k Abs. 3 VO (EU) 2022/576 v. 08.04.2022

Hiermit erkläre ich / erklären wir für unser Unternehmen zudem

1. dass ich / wir nicht zu nachfolgend aufgeführten Personen, Organisationen oder Einrichtungen zählen:
  - a) russische Staatsangehörige oder in Russland niedergelassene natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen,
  - b) juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, deren Anteile zu über 50% unmittelbar oder mittelbar von einer der unter Buchstabe a genannten Organisationen gehalten werden, oder
  - c) natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, die im Namen oder auf Anweisung einer der unter Buchstabe a oder b genannten Organisationen handeln.
2. dass am Auftrag und auch während der Vertragslaufzeit keine Unternehmen im Sinne der Nr. 1 als Unterauftragnehmer, Eignungsleiher oder Lieferanten beteiligt sind (soweit mehr als 10% des Auftragswertes auf die Unternehmen entfallen).
3. Ich/Wir bestätige/n und stelle/n sicher, dass auch während der Vertragslaufzeit keine als Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden, beteiligten Unternehmen eingesetzt werden, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt.

Bei Erfüllung eines Ausnahmetatbestands gemäß Art. 5 k Abs. 2 Verordnung (EU) 2022/576

Die Beauftragung ist aufgrund einer der in Artikel 5 k Absatz der Verordnung (EU) 2022/576 ausnahmsweise zulässig, und zwar aus folgendem Grund (bitte ggf. Angabe machen): **Sollten sich meine Verhältnisse nach Abgabe dieser Erklärung ändern, werde ich dies sofort im laufenden Vergabeverfahren und noch vor Zuschlagserteilung mitteilen.**

Nachweisführung: Zur Führung des Nachweises, dass die vorstehend aufgeführten Anforderungen erfüllt sind, genügt grundsätzlich die Eigenerklärung gemäß diesem Formblatt und die rechtsverbindliche Unterzeichnung am Ende dieses Formblatts, wenn nicht besondere Erklärungen und Nachweise gefordert sind.

Hinweis: Bei unzutreffenden und/oder pflichtwidrig unterlassenen Eigenerklärungen kann der Bieter gem. § 124 Abs. 1 S. 8 bzw. S. 9 lit. c) GWB vom Vergabeverfahren ausgeschlossen werden.

(Vollständiger Name des / der Erklärenden, Funktion, Unternehmensbezeichnung)

Ort:	Datum:

Hinweis: Wird das Angebot an den genannten Stellen nicht mit vollständigem Namen des / der Erklärenden versehen / eingereicht, wird der Bieter zwingend vom Vergabeverfahren ausgeschlossen. Eine Unterschrift ist nicht erforderlich.

Artikel 5k der VO (EU) 2022/576 lautet wie folgt:

(1) Es ist verboten, öffentliche Aufträge oder Konzessionen, die in den Anwendungsbereich der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe sowie unter Artikel 10 Absatz 1, Absatz 3, Absatz 6 Buchstaben a bis e, Absatz 8, Absatz 9 und Absatz 10 und die Artikel 11, 12, 13 und 14 der Richtlinie 2014/23/EU, unter die Artikel 7 und 8, Artikel 10 Buchstaben b bis f und h bis j der Richtlinie 2014/24/EU, unter Artikel 18, Artikel 21 Buchstaben b bis e und g bis i, Artikel 29 und Artikel 30 der Richtlinie 2014/25/EU und unter Artikel 13 Buchstaben a bis d, f bis h und j der Richtlinie 2009/81/EG fallen, an folgende Personen, Organisationen oder Einrichtungen zu vergeben bzw. Verträge mit solchen Personen, Organisationen oder Einrichtungen weiterhin zu erfüllen:

- a) russische Staatsangehörige oder in Russland niedergelassene natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen,
- b) juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, deren Anteile zu über 50 % unmittelbar oder mittelbar von einer der unter Buchstabe a genannten Organisationen gehalten werden, oder
- c) natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, die im Namen oder auf Anweisung einer der unter Buchstabe a oder b genannten Organisationen handeln,

auch solche, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Sinne der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe in Anspruch genommen werden.

(2) Abweichend von Absatz 1 können die zuständigen Behörden die Vergabe oder die Fortsetzung der Erfüllung von Verträgen genehmigen, die bestimmt sind für

- a) den Betrieb ziviler nuklearer Kapazitäten, ihre Instandhaltung, ihre Stilllegung, die Entsorgung ihrer radioaktiven Abfälle, ihre Versorgung mit und die Wiederaufbereitung von Brennelementen und die Weiterführung der Planung, des Baus und die Abnahmetests für die Indienststellung ziviler Atomanlagen und ihre Sicherheit sowie die Lieferung von Ausgangsstoffen zur Herstellung medizinischer Radioisotope und ähnlicher medizinischer Anwendungen, kritischer Technologien zur radiologischen Umweltüberwachung sowie für die zivile nukleare Zusammenarbeit, insbesondere im Bereich Forschung und Entwicklung,
- b) die zwischenstaatliche Zusammenarbeit bei Raumfahrtprogrammen,
- c) die Bereitstellung unbedingt notwendiger Güter oder Dienstleistungen, wenn sie ausschließlich oder nur in ausreichender Menge von den in Absatz 1 genannten Personen bereitgestellt werden können,
- d) die Tätigkeit der diplomatischen und konsularischen Vertretungen der Union und der Mitgliedstaaten in Russland, einschließlich Delegationen, Botschaften und Missionen,

oder internationaler Organisationen in Russland, die nach dem Völkerrecht Immunität genießen.

e) den Kauf, die Einfuhr oder die Beförderung von Erdgas und Erdöl, einschließlich raffinierter Erdölerzeugnisse, sowie von Titan, Aluminium, Kupfer, Nickel, Palladium und Eisenerz aus oder durch Russland in die Union, oder

f) den Kauf, die Einfuhr oder die Beförderung von Kohle und anderen festen fossile Brennstoffen, die in Anhang XXII aufgeführt sind, bis 10. August 2022.

(3) Der betreffende Mitgliedstaat unterrichtet die anderen Mitgliedstaaten und die Kommission über jede nach diesem

Artikel erteilte Genehmigung innerhalb von zwei Wochen nach deren Erteilung.

(4) Die Verbote gemäß Absatz 1 gelten nicht für die Erfüllung - bis zum 10. Oktober 2022 - von

Verträgen, die vor dem 9. April 2022 geschlossen wurden.“

***

Formblatt 4:

Deckblatt für die Ausführungen zu den drei Qualitätskriterien

1	„Reichweite und Abdeckung“	30 %
2	„Zustellqualität“	10 %
3	„Erfahrung & Referenzen“	10 %

Hinweis: Vom Bieter / ggf. dem bevollmächtigten Vertreter der Bietergemeinschaft zu erklären und einzureichen.

Name des Erklärenden, d.h. des Bieters / Bevollmächtigten Vertreters der Bietergemeinschaft (Unzutreffendes durchstreichen):

Bei der Wertung der drei Qualitätskriterien wird berücksichtigt, ob und inwieweit diese erkennen lassen, dass der Bieter auf der Grundlage der in der **Leistungsbeschreibung (Vergabeunterlagen Teil 3)** beschriebenen konkreten Umstände, Vorgaben und Anforderungen des JMB beachtet und auf diese Bezug genommen hat. Zudem wird berücksichtigt, ob die Ausführungen des Bieters vollständig, nachvollziehbar, praktisch realisierbar und dazu widerspruchsfrei sind.

Für die Qualitätskriterien werden nach folgender Bewertungsmatrix Punkte vergeben:

Herausragend	10 Punkte
Gut	8 Punkte
Befriedigend	5 Punkte
Ausreichend	3 Punkte
Nicht ausreichend	0 Punkte

Der o.g. Bewertungsmaßstab für die drei Qualitätskriterien ist wie folgt definiert:

Herausragend	In allen Belangen deutlich über dem Durchschnitt liegende Darstellung eines vollumfänglichen, nachvollziehbaren und widerspruchsfreien Lösungsansatzes, der eine qualitativ, funktional und wirtschaftlich optimale Leistung erwarten lässt.	10 Punkte
Gut	In allen Belangen über dem Durchschnitt liegende Darstellung eines vollumfänglichen, nachvollziehbaren und widerspruchsfreien Lösungsansatzes, der eine qualitativ, funktional und wirtschaftlich gute Leistung erwarten lässt.	8 Punkte
Befriedigend	In allen Belangen über dem Durchschnitt liegende Darstellung eines vollumfänglichen, nachvollziehbaren und widerspruchsfreien Lösungsansatzes, der eine qualitativ, funktional und wirtschaftlich gute Leistung erwarten lässt.	5 Punkte
Ausreichend	Eine den Anforderungen noch genügende Darstellung in Form eines weitgehend nachvollziehbaren und weitgehend widerspruchsfreien Lösungsansatzes, der eine qualitativ, funktional und wirtschaftlich noch ausreichende Leistung erwarten lässt.	3 Punkte
Nicht ausreichend	Eine nur in Teilen den Anforderungen genügende Darstellung eines nicht mehr weitgehend nachvollziehbaren und nicht mehr weitgehend widerspruchsfreien Lösungsansatzes, der eine qualitativ, funktional und wirtschaftlich nur teilweise brauchbare Leistung erwarten lässt.	0 Punkte

Bitte die drei Ausführungen/ Angaben auf gesonderten Blättern darstellen und mit dem Angebot abgeben.

***

Formblatt 5:
Gesamt- und abschließende Erklärung

Hinweis: Vom Bieter zu erklären und einzureichen.

Name des Erklärenden:

Hiermit wird die Richtigkeit der auf den vorstehenden **Formblättern 1 bis 4** inklusive den jeweils beigefügten Blättern, sowie den in der Leistungsbeschreibung gemachten Angaben bestätigt und auf dieser Grundlage ein rechtsverbindliches Angebot abgegeben..

(Vollständiger Name des / der Erklärenden, Funktion, Unternehmensbezeichnung)

Ort:	Datum:

(Bitte bei Bedarf Tabelle hinzufügen)

Hinweis: Wird das Angebot an den genannten Stellen nicht mit vollständigem Namen des / der Erklärenden versehen / eingereicht, wird der Bieter zwingend vom Vergabeverfahren ausgeschlossen. Eine Unterschrift ist nicht erforderlich.

***